

Forschungsdaten im Spannungsfeld von Verlässlichkeit, Innovation und planmäßiger Bereitstellung

Prof. Dr. Gert G. Wagner, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Vorsitzender

In Deutschland stehen grundsätzlich viele und qualitative hochwertige Forschungsdaten zur Verfügung. Aber sowohl die Weiterentwicklung von Forschungsdaten wie auch ihre planmäßige Bereitstellung durch die amtliche Statistik und die Ressortforschung, Forschungseinrichtungen und private Anbieter sind nach wie vor nicht grundsätzlich geregelt und institutionell adäquat (aus Sicht der Wissenschaft) abgesichert. Der Vortrag skizziert die Probleme, um Diskussionen über Verbesserungen anzuregen.

Big Data – eine Chance für die Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Viktor Mayer-Schönberger, University of Oxford, Oxford Internet Institute

Über mehr als einhundert Jahre haben die empirischen Sozialwissenschaften einen entscheidenden Beitrag geleistet, die Welt und Gesellschaft besser zu verstehen, obwohl viele der dafür eingesetzten Methoden aus verschiedenen Gründen mit empfindlichen Beschränkungen behaftet sind. Big Data verspricht hier einen alternativen Ansatz, der einigen dieser Beschränkungen nicht unterliegt. Von der Grippe bis zu menschlichem Verhalten lässt sich Vielfältiges besser vorhersagen, und damit besser entscheiden. Aber Big Data könnte, wenn es richtig eingesetzt wird, noch mehr – bis hin zu einem besseren Verständnis, welche Erkenntnis von der Wirklichkeit sich überhaupt gewinnen lässt. Das käme durchaus einem Paradigmenwechsel gleich. Aber es gilt auch die Grenzen von Big Data im Kopf zu behalten, wollen wir eine „Diktatur der Daten“ vermeiden.

Gute Forschung braucht gute Daten – aber bitte anonymisiert!

Peter Schaar, Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAIID), Vorsitzender; Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit a.D.

Deutschland ist mit einer vielgestaltigen und weltweit angesehenen Forschungslandschaft gesegnet. Gute Forschung gründet auf guten Daten, die aber nicht unbedingt personenbezogen sein müssen. Daten, die der Forschung zur Verfügung gestellt werden, sollten soweit wie möglich anonymisiert werden. Der Zugang der Wissenschaft zu den von der amtlichen Statistik erhobenen Daten und Ergebnissen ist durch ein Netz von Forschungsdatenzentren institutionalisiert. Damit soll das Statistikgeheimnis gewahrt und die Rückführbarkeit von Einzelangaben auf einzelne Personen verhindert werden. Forschung auf qualitativ hochwertiger und prüfbarer Grundlage und Datenschutz können Hand in Hand gehen. Datenschutz ist angesichts rasanter technologischer und wissenschaftlicher Fortschritte ein „moving target“. Die zu seiner Gewährleistung zu treffenden Maßnahmen bedürfen deshalb der laufenden Überprüfung. Die Risiken etwa, die „Big Data“ mit sich bringt, fordern stetige Wachsamkeit. Die Möglichkeiten, amtlich erhobenen Daten durch Zusammenführung mit anderen Daten einen völlig anderen Gehalt zu geben, sind bisher kaum überschaubar.

Wirtschaftliche Nutzung von Daten

Nicolas Zimmer, TSB Technologiestiftung Berlin, Vorstandsvorsitzender

Daten und Informationen haben zur heutigen Zeit eine immens große Bedeutung, denn auf deren Basis können neue, wertschaffende Inhalte entstehen, deren Vorteile sich auf alle Bereiche der Gesellschaft auswirken. Open Data begünstigt die Entstehung neuer Geschäftsfelder, neuer Anwendungen und Dienstleistungen, stiftet Transparenz und Teilhabe und hilft, Ineffizienzen zu erkennen und Prozesse zu verbessern. Berlin hat sich frühzeitig zum Thema Open Data bekannt und dient im Vortrag als Beispiel für das, was möglich ist. In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer FOKUS und der Berlin Online Stadtportal GmbH wurde das erste Datenportal einer deutschen Stadt entwickelt, das am 13. Juni 2013 in den Regelbetrieb überging. Die Umsetzung und Öffnung von Datenbeständen ist verbunden mit ökonomischen Effekten, die bis jetzt in der Fachliteratur jedoch nicht Berlin-bezogen genauer untersucht wurden. Die TSB Technologiestiftung hat eine Studie zum Thema „Nutzung und zusätzliche Wertschöpfung durch Open Data für Berlin“ erstellt. Diese Analyse geht über ein rein qualitatives Aufzeigen des potentiellen Nutzens hinaus, da sie einen Nutzen von Open Data für Berlin aufzeigt, der die Einnahmeausfälle bei weitem übersteigt. Die Herausforderung für Berlin besteht darin, Maßnahmen und Strukturen zu unterstützen, die eine Realisierung dieses Nutzens ermöglichen.

RDA – Daten(teilen) als Teil der Wissenschaftskultur

Dr. Peter Wittenburg, Max-Planck-Institut für Psycholinguistik, Nijmegen

Forschungsdaten liegen immer noch hochgradig fragmentiert vor, so dass wir sie kaum finden können, und wenn wir sie finden sollten, sie kaum in einfacher Weise zugreifbar und wiederverwendbar sind [1]. Mehrere Initiativen und viele Experten haben dargelegt, dass wissenschaftliche Daten heutzutage einen hohen Wert haben, insbesondere dann, wenn wir sie kombinieren können, um die Qualität unserer wissenschaftlichen Aussagen zu verbessern, und insbesondere, wenn wir neue wissenschaftliche Fragestellungen lösen wollen, die eine cross-nationale und cross-disziplinäre Herangehensweise erfordern. Eingespielte Zitationsweisen, die wir seit langem für Publikationen kennen, müssen in Mechanismen transformiert werden, die für unsere Digitale Welt der Daten maßgeschneidert sind. Daten-Objekte und Kollektionen sollten mit Hilfe geeigneter Zitationsverfahren so identifiziert werden können, dass wir die Identifikatoren in nützliche Informationen auflösen können. Diese Informationen sollten in standardisierter Weise über alle wissenschaftliche Disziplinen hinweg mitteilen, wo man die Metadaten findet, wie man Identität und Integrität der Daten prüfen kann, wie man auf die Daten zugreifen kann etc. Die Erzeugung von Metadaten sollte einfach und derart sein, dass man ihre Attribut-Sätze leicht zu mächtigen Such-Portalen aggregieren kann. Zertifizierte Repositorien sollten – über die von den Erstellern der Daten betriebenen Forschungsdatenzentren hinaus – absichern, dass man auch nach Jahren noch in zuverlässiger Weise auf die Daten zugreifen kann. Geeignet ausgewählte persistente Identifikatoren und Metadaten ermöglichen es auch, Daten korrekt zu zitieren und damit deren Erzeugern die erforderliche Anerkennung zu geben, und diese aus allen möglichen digitalen Umgebungen sofort sichtbar zu machen. Gesetzliche Inkompatibilitäten sollten schrittweise überwunden werden, damit der cross-nationale Zugriff nicht immer wieder unnötig erschwert wird.

Die bislang fragmentierte Situation war der wesentliche Grund, dass einige Experten aus der Wissenschaft, die täglich mit Datenaspekten zu tun haben, die Research Data Alliance (RDA) als eine bottom-up organisierte, globale Initiative gegründet haben, zumal uns allen bewusst ist, dass kein einziges System oder Technologie die uns gestellten Aufgaben wird lösen können. Es bedarf weltweiter Vereinbarungen, die dann hoffentlich durch viele Disziplinen, am besten allen, angenommen werden, um zu einer effektiv und effizient nutzbaren und gleichzeitig vertrauensvollen "Daten-Maschinerie" zu kommen. Eine Reihe von Aktivitäten in der RDA lässt uns annehmen, dass wir die vielfältigen Hürden in der Tat in ähnlicher Weise überwinden können, wie es uns die Internet-Initiative erfolgreich gezeigt hat. Letztlich aufgrund einiger einfacher Vereinbarungen hat das Internet es uns ermöglicht, unsere vielen Computer und andere Knoten zu unserem Nutzen miteinander zu verbinden. Entsprechend dem Internet-Beispiel muss die RDA-Arbeit mit allgemein nutzbaren Datendiensten einhergehen, damit wir zu einer funktionierenden und von allen nutzbaren Datendomäne ausgehen können.

1 *Riding the Wave, Report of ECs High Level Expert Group on Scientific Data, 2011.*

Forum A

Mehr als BIP - Zahlen für die Politiksteuerung

Dr. Andrea Schneider, Bundeskanzleramt

Denis Huschka, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

Die Session beleuchtet den Prozess wie aus Zahlen Wissen entsteht und dieses Wissen in die Politiksteuerung einfließen kann und sollte. Die Metapher des „Jenseits des BIP“ ist aktuell weltweit nicht mehr nur im Wissenschaftssystem in aller Munde. Getrieben durch die Erkenntnis, dass in der Kennzahl des BIP die Wirtschaftsleistung gemessen wird, sich dieses aber nicht als umfängliches Maß für die Gesamtheit gesellschaftlicher und sozialer Entwicklungen eignet und dafür auch nie konzipiert war, hat sich auch die Politik selbst mit der Frage nach alternativen und komplementären Maßen für eine evidenzbasierte Politiksteuerung in Form einer Enquete Kommission beschäftigt.

Was Menschen wichtig ist, muss Politik Auftrag sein

Dr. Andrea Schneider, Bundeskanzleramt

„Wie viele Menschen kennen Sie, auf die Sie sich im Notfall verlassen können? Wer wird sie pflegen, wenn das nötig wird?“ Das sind Fragen, die für Jede und Jeden elementar sind, aber selten im Fokus von Statistikern oder Fachpolitikern stehen. In der internationalen Diskussion über Indikatoren „jenseits des BIP“ wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die Zahlen, die wir auswählen, zum großen Teil bestimmen, worauf sich politisches Handeln konzentriert. Die Auswahl von Indikatoren ist kein rein technischer Vorgang, sondern politisches Handeln. Sie sollte daher Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Dialogs sein. Diesen Ansatz wählt - anknüpfend an den Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin - die Strategie der Bundesregierung „gut leben - Lebensqualität in Deutschland“, die hier vorgestellt wird.

Wie schafft es die Zahl in die Politik? – A Long Way to Go

Prof. Dr. Beate Jochimsen, Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR Berlin)

Es ist ein langer Weg bis aus Zahlen Wissen entsteht, das in öffentliche Diskussionen und politische Entscheidungen eingeht. Um politische Entscheidungen empirisch zu untermauern ist es erforderlich, zunächst die Grundlagen zu bestimmen. Dieser Fragestellung nähert man sich von zwei unterschiedlichen Seiten.

Auf der „Datenseite“ gilt es, zuerst Rohdaten zu sammeln, aufzubereiten und zu aggregieren. Um die Aussagekraft zu erhöhen, werden dann statistische Zusammenhänge wie Quoten, prozentuale Abweichungen oder Relationen gebildet. Derartige Indikatoren sind oft öffentlich zugänglich. Häufig bieten sie für die Fachwelt bereits eine hohe Erklärungskraft. Allerdings sind sie in der Politik und in der breiten Öffentlichkeit – von einzelnen Ausnahmen wie dem BIP oder der Arbeitslosenquote abgesehen – wenig präsent und ohne eine Einbettung in einen erklärenden Kontext unverständlich.

Auf der anderen Seite, der „Politikseite“, wird (manchmal) versucht, komplexe Fragestellungen oder umfangreiche Ergebnisse politischer Maßnahmen in (vermeintlich) einfachen Zahlen darzustellen. So geschehen beispielsweise bei der Entwicklung der W3-Wohlstandsindikatoren in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Dafür einigen sich die beteiligten Akteure zuerst auf grobe inhaltliche Dimensionen oder Bereiche. Im zweiten Schritt werden diesen Bereichen spezifische Themen zugeordnet. Der dritte Schritt stellt die Verknüpfung zur „Datenseite“ her. Es gilt zu identifizieren, welche Daten oder Indikatoren die Themen aussagekräftig wiedergeben.

Haben „Datenseite“ und „Politikseite“ zueinandergedungen, muss eine dritte Seite ins Spiel kommen, die „Umsetzungsseite“. Für die Enquete-Kommission bedeutet das: Es ist nun notwendig, ihre Ergebnisse in der Politik, der Legislativen und der Exekutiven, zu verankern.

Wohlstandsindikatoren als statistische Herausforderung

Albert Braakmann, Statistisches Bundesamt (Destatis)

Thematisiert werden zunächst Grundfragen, die bei der Messung des gesellschaftlichen Fortschritts entstehen sowie mögliche Lösungsansätze. Am Beispiel der Wohlstandsindikatoren der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages sollen außerdem die Herausforderungen bei der datenmäßigen Implementierung als Grundlage für eine evidenzbasierte Politikgestaltung präsentiert werden.

Wohlergehen: Von der Messung zur Politikgestaltung – die Erfahrungen der OECD

Dr. Paul Schreyer, The Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)

2013 veröffentlichte die OECD zum zweiten Mal ihren Bericht ‚How’s Life?‘, der erste umfassende internationale Vergleiche von Maßzahlen zum Wohlergehen in OECD Ländern vorstellt. Der konzeptuelle Rahmen dieser Indikatoren geht auf Arbeiten und Konferenzen der OECD seit 2004 zurück, ebenso wie auf akademische Literatur und den Stiglitz-Sen-Fitoussi Bericht zur Wohlstandsmessung (2009). Vom konzeptuellen Rahmen zur tatsächlichen Messung der Indikatoren war es ein großer Schritt, der schließlich aber auf weites Interesse stieß. Viele Datenlücken bleiben bestehen und müssen geschlossen werden. Die Präsentation geht auf diese Fragen ein, betont aber auch, dass ein wichtiger Weg zur Verbesserung der Daten ihre Verwendung ist, auch wenn sie unvollständig sind oder manche Dimensionen des Wohlergehens nur ungenau abbilden. Indikatoren zum Wohlergehen haben sich auch als hervorragende Katalysatoren für Diskussionen um gesellschaftliche Ziele und Herausforderungen für die Politik erwiesen, aber die systematische Verwendung in der Politikdiskussion und -gestaltung steht erst am Anfang. Die Präsentation verweist auf OECD Ansätze in diesem Bereich.

Forum B Wissenschaft trifft Datenjournalismus

Christina Elmer, Spiegel Online

Was ist „Datenjournalismus“? Und sollten Wissenschaftler mit Datenjournalisten zusammen arbeiten und ihnen Zugang zu ihren Datensätzen geben?

Drei aktive Datenjournalisten stellen ihre Disziplin vor und diskutieren mit Wissenschaftlern und Datenproduzenten, welche gemeinsamen Interessen es gibt, Forschungsdaten über den Journalismus öffentlich zu machen.

Die Vorteile für den Journalismus scheinen auf der Hand zu liegen: Mit mehr und besseren Daten lassen sich Geschichten besser erzählen, die Politik fundierter hinterfragen und eventuell sogar die Auflage steigern.

Aber was hätte die Wissenschaft davon, ihre Daten herzugeben – z.B. indem sie Journalisten die gleichen Auswertungsmöglichkeiten von FDZ-Daten einräumt wie Forschern? Ginge das überhaupt – und würden die Forscher das wollen? Die journalistischen Podiumsgäste debattieren mit Wissenschaftlern und Datenproduzenten über mögliche Zugangswege, Kosten, die Aktualität von Daten, Datenschutz und Vorbehalte auf beiden Seiten. Wie könnte eine Zusammenarbeit konkret gelingen mit einem journalistischen Genre, das sich rasant entwickelt und unter denselben strukturellen (Finanz-) Problemen leidet wie der gesamte zeitgenössische Journalismus?

Wie sehen die Forscher und Datenproduzenten ihre Rolle in Medien und Gesellschaft und welche demokratische Motivation bringen sie für eine Kooperation mit dem (Daten-) Journalismus mit? Wären sogar projektbezogene gemeinsame Datenanalysen denkbar – mit Ziel Medien statt Paper im Wissenschaftsjournal?

Die Veranstaltung sucht Standpunkte und konkrete Antworten.

Mehr als ein Hype: Wie Daten den Journalismus bereichern

Christina Elmer, Spiegel Online

Ob Echtzeit-Visualisierung der Zugverspätungen, Flugrouten-Karte oder Zensus-Kritik: In deutschen Medien sind datenjournalistische Projekte noch immer selten, aber gefragt wie nie. Journalisten nutzen dabei große Datenmengen, um relevante Themen zu finden und zu erzählen. Der Vortrag gibt einen Überblick über die Arbeitsweise, den Nutzen und die Grenzen des Datenjournalismus. Dabei zeigt sich auch: Was sich in dieser Nische entwickelt, steht beispielhaft für die Innovation journalistischer Formate insgesamt.

Die Schwierigkeiten beim Datenjournalismus

Lorenz Matzat, Lokaler

Zwar ist data-driven-journalism als Genre nicht mehr taufrisch. Er gilt dennoch immer noch als neues und hipbes Format; gerne wird sich mit dem Begriff geschmückt. Doch was macht ein Stück zu Datenjournalismus? Was sind die Fallstricke, welche Fehler werden häufig gemacht? In dem Vortrag geht es um die Frage der Definition und warum Datenjournalismus als Methode verstanden werden sollte.

Lorenz Matzat ist Journalist, Journalismusdozent und leitet die Kartensoftwarefirma Lokaler. Er gründete 2010 die Datenjournalismusagentur OpenDataCity mit, die er zu Beginn 2014 verließ.

Datenjournalismus: Wie können Journalisten besser recherchieren? Anmerkungen eines Wissenschaftlers.

Karl Brenke, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Ein Wissenschaftler, der relativ politiknahe Themen bearbeitet, hat häufig Anfragen nach Daten von Journalisten. Erstaunlich sind deren geringe Kenntnisse über die Möglichkeiten des einfachen und raschen Datenzugriffs auf einfache, allgemein im Internet zugängliche Quellen wie amtliche Datenbanken oder statistische Veröffentlichungen. Mitunter benötigen die Journalisten ergänzende Informationen, etwa über die Aussagekraft der Daten; hierbei sind sie bei ihrer Recherche auf das Erfahrungswissen der Wissenschaftler angewiesen. Allerdings mangelt es Journalisten oft sogar an grundlegenden Kenntnissen über die Bedeutung grundlegender Begriffe (beispielsweise der Arbeitslosenquote). Möglicherweise werden wegen solcher Unsicherheiten die verfügbaren Datenquellen zu wenig genutzt.

Tausche Daten gegen Demokratie

Björn Schwenker, freier Demografie- und Datenjournalist

Die in der Demokratie grundlegende und systemrelevante Rolle des Journalismus ist eine Herausforderung an das Monopol der Wissenschaft auf Zugang zu Forschungsdaten. Um seiner Aufgabe als Vierte Gewalt gerecht werden zu können, braucht der Journalismus direkten und uneingeschränkten Zugriff auf wissenschaftliche Originaldaten, etwa per Datenfernabfrage über die Forschungsdatenzentren (z.B. der amtlichen Statistik, der Rentenversicherung oder des SOEP) oder auf Scientific Use Files - ohne den vorgeschalteten Filter einer wissenschaftlichen Veröffentlichung. Journalismus muss eigene Fragen an diese Daten stellen und Antworten selbst erarbeiten können. Nicht nur alle wissenschaftlichen Daten, sondern auch alle Daten der amtlichen Datenzentren sind im Sinne von Open Data für Journalisten offen nutzbar zu machen. Die Schnittstellen dafür müssen kostenfrei sein. Der Wissenschaft fällt neben ihrer klassischen Rolle die der Beratung, Schulung und Kritik der medialen Datenverarbeitung zu.

Datenjournalismus und seine Grenzen – Warum der Journalismus nicht Wissenschaft spielen sollte

Dr. Anika Rasner, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Wissenschaftliche Daten, insbesondere Mikrodaten sind hoch sensibel. Die Erhebung und Auswertung solcher Daten unterliegen zu Recht strengen datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Deswegen stehen die Daten zurzeit nur einem begrenzten Kreis von Wissenschaftlern offen. Nicht nur der Datenschutz, sondern auch die Komplexität der Mikrodaten ist ein Grund, warum Wissenschaftler das Wissensmonopol für die Analysen für sich beanspruchen. Die Daten setzen neben der Kenntnis angemessener statistischer Analysemethoden auch ein tieferes Verständnis über die Möglichkeiten und Grenzen des Datenmaterials voraus. Enge Kooperationen von Datenjournalisten und Wissenschaftlern zur Auswertung der Daten sind denkbar, auch weil Forscher ihre Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen möchten. Allerdings sind diese Kooperationen wegen der Zwänge der Wissenschaft nicht unbedingt realisierbar.

Forum C

Zensus 2011: Datenzugang und Vorbereitung Zensus 2021

Dr. Sabine Bechtold, Statistisches Bundesamt (Destatis)

Prof. Dr. Gert G. Wagner, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Vorsitzender;
bis 2013: Zensuskommission, Vorsitzender

Es liegen zwar noch nicht alle Ergebnisse des Zensus 2011 vor und auch seine Evaluation ist nicht abgeschlossen, aber die gedankliche Vorbereitung der nächsten Zensus-Runde (2020/21) ist unvermeidbar. Neben drei Beiträgen zum Datenzugang wird Gert G. Wagner einige grundsätzliche persönliche Anmerkungen zur Bedeutung des Zensus in der heutigen Zeit machen.

Statistische Geheimhaltung der Zensusergebnisse: Wie wurden die Zensusdaten verändert, die in der Auswertungsdatenbank abgerufen werden können?

Dr. Jörg Höhne, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Gerade bei Erhebungen von Personendaten spielen Fragen des Datenschutzes eine besondere Rolle. Beim Zensus 2011 wurde erstmals bei einer Volkszählung in Deutschland ein datenveränderndes Verfahren zur Wahrung des Statistikgeheimnisses angewendet. Dieser Wechsel von informationsreduzierenden Verfahren der Tabellengeheimhaltung zu datenverändernden Verfahren fand in vielen europäischen Ländern statt. Der Vortrag präsentiert die in Deutschland verwendeten Verfahren und die Unterschiede in der Anwendung zwischen dem ersten und dem zweiten Veröffentlichungstermin des Zensus.

Bereitstellung der Mikrodaten des Zensus 2011 über die FDZ

Nina Storfinger, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Der Zensus 2011 unterscheidet sich hinsichtlich Erhebungsmethodik, Umfang und Struktur deutlich von anderen Statistiken aus dem Angebot der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (FDZ). Dies spiegelt sich entsprechend auch in den Anforderungen wider, die die Bereitstellung des Zensus 2011 an die beteiligten FDZ-Standorte stellt. Bei der Organisation der Datenhaltung und -aufbereitung sowie bei der Produktstrategie der FDZ muss daher dem Umfang und der komplexen Datenstruktur des Zensus 2011 sowie der inhaltlichen Komplexität Rechnung getragen werden.

Grundlage der über die FDZ angebotenen Zensus-Daten werden die Daten der zweiten Ergebnisveröffentlichung im Jahr 2014 sein. Diese werden von den Forschungsdatenzentren spezifisch für die einzelnen Zugangswege aufbereitet und für Analysen zur Verfügung gestellt. Dabei soll zunächst die Auswertung der Mikrodaten über die On-Site Zugangswege ermöglicht werden, d.h. über Kontrollierte Datenfernverarbeitung und Gastwissenschaftlerarbeitsplätze. Es werden erste Ideen für die Erstellung der Produkte am FDZ erläutert.

Kleinräumiges Analyseraster (Klaster) für den Zensus – Ein Forschungsprojekt für die Verkehrsplanung des BMVI

Markus Sigismund, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) benötigt für viele Fragestellungen der Verkehrs- und Infrastrukturplanung (z. B. Verkehrsmodelle, Lärmbetroffenheit) kleinräumige Daten. Das Datenangebot der amtlichen Statistik ist hierfür nicht hinreichend kleinteilig.

Nach Änderung des Bundesstatistikgesetzes zum 1.8.2013 darf die geografische Gitterzelle in der Auflösung von 100 m x 100 m als zusätzliche Raumeinheit genutzt werden. Dies wird ein Meilenstein in der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik, wenn hierauf neue Konzepte der Datenaufbereitung aufbauen und kleinräumige Ergebnisse auch Nutzern zugänglich gemacht werden.

Ein entscheidender Schlüssel wird sein, die Potenziale des Zensus 2011 zu erschließen. Das BMVI hat das Statistische Bundesamt beauftragt, für die Verkehrsplanung elementare Merkmale des Zensus 2011 (z.B. Bevölkerung, Beschäftigte) möglichst kleinräumig bereitzustellen. Um die Ergebnisse auch Forschungsnehmern weitergeben zu können, ist aus Datenschutzgründen eine neue Gebietssystematik zu entwickeln (z.B. hierarchisch aggregierte geografische Gitterzellen). Das Forschungsprojekt soll darüber hinaus den Grundstein für eine datenschutzkompatible Georeferenzierung bzw. Zuspiegelung von Raumstrukturdaten in Forschungsdatensätzen des BMVI legen.

Mit den Analysen sollen auch grundlegende Erkenntnisse gewonnen werden, z.B. in welcher räumlichen Granularität die Daten nach Durchlaufen des Geheimhaltungsverfahrens „Safe“ von den Original-Zensusdaten abweichen. Das Forschungsprojekt „Klaster“ soll damit Impulse zur Weiterentwicklung des Zensus 2021 und verschiedener Haushaltsstatistiken geben.

Wie könnte der Zensus 2020/21 aussehen?

Prof. Dr. Gert G. Wagner, bis 2013: Vorsitzender Zensuskommission

Der Zensus 2010/11 hat mit einer neuen Methodik die amtliche Bevölkerungszahl ermittelt. Das neue Verfahren hat wie vom Gesetzgeber geplant funktioniert und wie zu erwarten war, sind Kommunen, deren Zensus-Bevölkerungszahl kleiner ausfällt als die Zahl im Einwohnermeldeamt, unzufrieden. Entsprechende Diskrepanzen zwischen Einwohnermeldeamt- und Zensus-Zahlen wären bei einer traditionellen Volkszählung allerdings auch aufgetreten. Insofern ist es sinnvoll darüber nachzudenken, ob und ggf. wie aktuelle Einwohnerzahlen so ermittelbar sind, dass nicht alle zehn Jahre mit großen Diskrepanzen zu rechnen ist. Ebenso ist es prüfenswert, ob die über die Einwohnerzahlen hinausgehenden Informationen des Zensus auf andere Art und Weise ermittelbar sind als alle zehn Jahre mit einer großen Volks- und Gebäudezählung.

Forum D

Die Große Rezession 2008/09 – Analysen mit Firmendaten

Prof. Dr. Notburga Ott, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Joachim Wagner, Leuphana Universität Lüneburg

Die deutsche Wirtschaft wurde 2008/09 von der härtesten Krise seit vielen Jahrzehnten getroffen. Zahlreiche empirische Untersuchungen auf der Makroebene haben zentrale Aspekte dieser Krise und des anschließenden Erholungsprozesses analysiert und wichtige Einsichten zu Ursachen und Folgen geliefert. Empirische Studien mit Firmendaten, die einen Blick hinter diese gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen erlauben und die die Dynamik auf der Ebene der einzelnen Akteure analysieren, sind dagegen selten. Die für solche Analysen erforderlichen Mikrodaten für die Firmen sind in den Forschungsdatenzentren der Datenproduzenten verfügbar. In dieser Session soll an drei Beispielen gezeigt werden, wie mit diesen vertraulichen Firmendaten neue wichtige Einsichten zur Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Krise und Erholung gewonnen werden können.

R&D Behavior of Manufacturing Companies during the Recession 2008/2009: Weak Slump, Fast Recovery

Alexander Eickelpasch, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Based on the official cost structure survey, this presentation investigates to what extent the R&D behavior of manufacturing companies was affected by the 2008/09 crisis. It turns out that only few companies that engaged in R&D in 2008 eliminated it in the following year. Some companies even started R&D during the crisis. While R&D expenditures declined in 2009 when compared to 2008, it expanded in 2010. The development of R&D budgets was less volatile than sales.

Probit analyses show that 2009 R&D efforts were very much determined by 2008 R&D efforts, and that change in demand is not relevant. These results hold for 2010. However, in the regressions computed for the intensity of R&D expenditures as the dependent variable, demand fluctuation is also relevant. Counter cyclical behavior is suggested as either the reduction in R&D is smaller than the decline in demand or the expansion of R&D expenditures was greater than the change in demand. Similar regressions using R&D staff instead of R&D intensity do not indicate any dependence on changes in demand.

These results suggest that companies see R&D as a permanent task necessary to remain competitive.

Risk or Resilience? The Role of Trade Integration and Foreign Ownership for the Survival of German Enterprises during the Crisis 2008 - 2010

Prof. Dr. Joachim Wagner und Dr. John P. Weche Gelübcke,
Leuphana Universität Lüneburg

The presented study is the first investigating the link between internationalization and firm survival during the 2008/2009 crisis in Germany. The study uses an enterprise level dataset that contains information from surveys performed by the German statistical offices, from data collected by the Tax Authorities, and from a commercial data provider. The most striking result is to demonstrate the disadvantage of exporting for the chances of survival of a firm during the crisis in western Germany. Importing instead reveals a positive correlation with survival. A plausible explanation is that in a global recession, deteriorating markets abroad cause demand losses for exporters and improved conditions on factor markets which result in an advantage for firms sourcing from factor markets abroad. Two-way traders do not show a link with exit risk, supporting the idea that they were able to outweigh their losses from exporting with their gains from importing, in what could be called an export-import hedge. Furthermore, we cannot support the hypothesis that foreign multinationals are more volatile during times of economic crisis.

Skill Shortage in German Establishments before, during and after the Great Recession – An Empirical Investigation

Prof. em. Dr. Olaf Hübler, Leibniz Universität Hannover
Prof. Dr. Lutz Bellmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

This presentation investigates the development of skill shortage during the period 2007-2012. Using the IAB establishment panel, we find differences for the years before, during and after the Great Recession. Furthermore, we analyze the importance of firms' characteristics and that of some specific measures with respect to skill shortage.

The empirical analysis confirms that apprentice and further training serves to reduce the number of unfilled qualified jobs. Plans for the long-run personnel development of the staff are also helpful. Skill shortage within a firm is often only a short-term phenomenon and less often observed over a longer period. During the Great Recession itself, the estimates reveal a weaker relationship between structural characteristics of the firm and skill shortage than in other years. Robustness checks are conducted that account for endogeneity, sample selection, outliers and causality.

Forum E Wissenschaft 2.0: Open Data als Kernkomponente von Open Science

PD Dr. Erich Weichselgartner, Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID)

Betrachtet man den Zyklus empirischer wissenschaftlicher Forschung von der Ideengewinnung über die Studienplanung, -durchführung und -auswertung bis hin zur Publikation, so hat sich die Digitalisierung bis dato am ostentativsten auf letzteren Aspekt ausgewirkt. Die Forderung nach freiem Zugang zu wissenschaftlicher Literatur ist der am breitesten wahrgenommene Aspekt des Open Access-Paradigmas. Dabei schließen Deklarationen wie die Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen (2003) auch Ursprungsdaten und Quellenmaterial mit ein. Der Gewinn durch die Bereitstellung von Forschungsdaten kann enorm sein, von der tiefgehenden und breiteren Ausschöpfung aufwendiger, teurer oder nur einmalig möglicher Erhebungen über die Einsparung redundanter Erhebungen bis hin zur besseren Überprüfbarkeit von Ergebnissen. In der Session sollen die Vorzüge der Offenlegung von Forschungsdaten aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden: Aus der Sicht von Forschungsförderern, aus der Sicht von Forschungs-Dienstleistern und aus der Sicht der Forschung selbst.

Management und Nachnutzung von Forschungsdaten – Die Maßnahmen der DFG Dr. Stefan Winkler-Nees, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Einen Grundpfeiler des wissenschaftlichen Fortschritts bilden qualitätsgesicherte Forschungsdaten. Sie sind vielfach Grundlage weiterer Forschungsarbeiten, stützen wissenschaftliche Erkenntnisse und erleichtern eine Quervernetzung über Fachgrenzen hinweg. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat es sich daher zum Ziel gesetzt, ein nachhaltiges Forschungsdatenmanagement zu unterstützen und die Entwicklung und den Aufbau einer geeigneten Informationsinfrastruktur zu fördern. Grundsätzlich gilt es dabei, Forschungsdaten langfristig für die Nachnutzung bereitzustellen.

Neben einem Infrastrukturaufbau und der Entwicklung geeigneter Regelwerke haben sich als entscheidende Herausforderungen die Schaffung von Anreiz- und Anerkennungsmechanismen für „data sharing“, die Akzeptanz der Informationsangebote seitens der wissenschaftlichen Communities sowie die Sicherstellung einer nachhaltigen Informationsdienstleistung herausgestellt.

Während in einigen Disziplinen diese Herausforderungen bereits bewältigt sind, müssen geeignete und oft sehr spezifische Lösungen in anderen Disziplinen erst entwickelt und aufgebaut werden. Gemeinsam mit Forschenden aller Disziplinen sowie Fachleuten aus dem Informationsmanagement entwickelt die DFG Strategien und Maßnahmen, um den Aufbau einer geeigneten Infrastrukturlandschaft für möglichst alle wissenschaftlichen Disziplinen voran zu treiben.

Verfügbar machen, auffinden, zitieren – Forschungsdaten im Kontext wissenschaftlicher Publikation

Herbert Grüttemeier, Institut de l'Information Scientifique et Technique (INIST-CNRS), FR

Forschungsdaten finden allmählich Einzug in die wissenschaftlichen Informationsdienste, vor allem (aber nicht nur) als notwendige Ergänzung zu Textpublikationen. Die Integration von digitalen Inhalten verschiedener Form schreitet voran und muss durch Standardisierung begleitet werden. Das weltweit agierende DataCite-Konsortium, kooperierend mit Verlagen und Datenzentren, unterstützt und beschleunigt diese Entwicklung. DataCite hat insbesondere den Status einer DOI-Registrierungsagentur, und sieht im Digital Object Identifier ein gut funktionierendes Instrument, Daten zu identifizieren und zu zitieren, auch als Voraussetzung einer effektiven Nutzung von Open Data – und natürlich als Beitrag zu einer erhöhten Anerkennung von Datenproduktion und Datenmanagement in der wissenschaftlichen Arbeit. Dem DataCite-spezifischen Schema von Metadaten kommt dabei eine besondere Rolle zu, auch zur Verlinkung von Daten und Text. Dem Thema der Zitierbarkeit von Daten haben sich in letzter Zeit verschiedene internationale Initiativen angenommen, resultierend in allgemein akzeptierten Prinzipien. Praktiken wissenschaftlicher Publikation müssen sich entsprechend anpassen und sollten den Umgang mit Daten klar definieren.

Flickschusterei in der infrastrukturellen Steinzeit: Wohin mit den Forschungsdaten?

Prof. Dr. Björn Brembs, Universität Regensburg

Je nach wissenschaftlichem Feld, äußert sich die intellektuelle Tätigkeit von Wissenschaftlern in mindestens einem von drei groben Kategorien: der Entwicklung von Software zur Erfassung und/oder Auswertung von Daten, der Erhebung und/oder Auswertung von Daten, sowie der Publikation von Text-basierten Schriftstücken, die zumeist auf selbst erhobene Daten und deren Auswertung mit selbst entwickelter Software basieren. Was passiert mit diesen drei intellektuellen ‚Produkten‘ wissenschaftlicher Tätigkeit? Für unsere Texte zahlen wir jährlich Milliardenbeträge an kommerzielle Verlage dafür, dass sie den Zugang einschränken und unsere Nutzungsrechte beschneiden. Für unsere Daten haben wir tausende unterschiedliche Datenbanken geschaffen, die stetig am Rande des finanziellen Kollaps stehen. Für unsere Software, schließlich, existiert keine auch nur annähernd nachhaltige Bewahrungsstrategie. Warum investieren wir jährlich Milliarden in die Produktion von wissenschaftlichen Gütern, nur um deren Nutzung und Bewahrung dann nahezu unmöglich zu machen? Was lässt sich gegen diesen Missstand tun?

Forschungsdatenmanagement bei wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften – Einblicke aus dem DFG-Projekt EDaWaX.

Sven Vlaeminck, Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW)

Auch in den Wirtschaftswissenschaften artikuliert sich zunehmend der Ruf nach einem freien Zugang zu Forschungsdaten, die u.a. im Zuge wissenschaftlicher Veröffentlichungen genutzt werden (vgl. z.B. den Ethik-Kodex des Vereins für Socialpolitik oder die Open Economics Principles). Gleichzeitig gibt es jedoch nach wie vor viele Unsicherheiten und Vorbehalte gegen Data Sharing, insbesondere auf Seiten der Autoren.

Vor diesem Hintergrund hat das DFG-Projekt EDaWaX das Forschungsdatenmanagement wirtschaftswissenschaftlicher Fachzeitschriften analysiert und z.B. erhoben, welche Verbreitung so genannte Data Policies mittlerweile haben und wie die eingeforderten Daten bei Fachzeitschriften abgelegt und vorgehalten werden.

In unserem Vortrag präsentieren wir einige Ergebnisse unserer Analysen und zeigen Lösungswege auf, wie wirtschaftswissenschaftliche Journals ihr Forschungsdatenmanagement in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Infrastrukturdienstleistern verbessern können, die im Ergebnis zu einer stärkeren Nachnutzung von Forschungsdaten und einer besseren Validierbarkeit von Forschungsergebnissen führen können.

Erhöhung der Visibilität von Forschungsdaten am Beispiel der Psychologie

Ina Dehnhard, Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID)

Die Bereitstellung von Forschungsdaten hat mannigfaltige Vorzüge für die Wissenschaftskommunikation. Ihre Erhebung und Weitergabe soll als eigenständige wissenschaftliche Leistung anerkannt und sie sollen zitierbar gemacht werden. All dies ist aber erst im Aufbau und über alle Disziplinen hinweg gibt es nach wie vor Widerstände gegen ein „data sharing“. Um den allmählich einsetzenden Kulturwandel zu bestärken ist es wichtig, dass die wenigen vorhandenen Forschungsdaten im Kontext des etablierten Workflows wissenschaftlichen Arbeitens gefunden werden. Spezielle Daten-Journale und die Verlinkung von Publikationen mit Daten sind wichtige Bausteine einer erhöhten Visibilität von Forschungsdaten.

Ein weiterer Baustein ist die Integration von Forschungsdaten in verbreitete Nachweis- und Recherchesysteme. In der Psychologie wurden Forschungsdaten deshalb in das vertikale Open-Access-Suchportal PubPsych integriert. PubPsych beinhaltet Referenzen mit umfassender Indexierung und Kurzdarstellungen zu über 840.000 Zeitschriftenartikeln, Büchern, Buchkapiteln, Dissertationen, Interventionsprogrammen, Forschungsdaten sowie psychologischen und pädagogischen Testverfahren aus allen Bereichen der Psychologie. PubPsych ist ein Gemeinschaftsprojekt unterschiedlicher Kooperationspartner aus Europa und den USA.

Forum F

Datenschutz und Datenzugang im künftigen europäischen Rechtsrahmen

Eckart Hohmann, Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, a.D.
Dr. Alexander Dix, Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Der freie Zugang zu Informationen bei gleichzeitigem Schutz der personenbezogenen Daten des Einzelnen wird zur zentralen Aufgabe der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Zwar konzentriert sich der europäische Gesetzgeber gegenwärtig auf die Formulierung eines neuen Rechtsrahmens für den Datenschutz, die Schnittstelle zum Informationszugang ist aber schon in diesem Zusammenhang unverzichtbar. Amtliche Statistik wie auch wissenschaftliche Forschung sind aufgerufen, ihren Datenbedarf unter Berücksichtigung der informationellen Selbstbestimmung der Betroffenen zu definieren. Ob der sich abzeichnende europäische Rechtsrahmen für den Datenschutz hierfür den notwendigen Spielraum, aber auch das notwendige Maß an Harmonisierung vorsieht, wird zu diskutieren sein. Das Konzept „Big Data“ zwingt möglicherweise zu einer Überprüfung einzelner Grundannahmen des Datenschutzrechts.

Datenzugang zu amtlichen europäischen Mikrodaten für wissenschaftliche Zwecke

Prof. Dr. Ulrike Rockmann, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Präsidentin

An einzelnen Beispielen werden die aktuellen Rahmenbedingungen für die Nutzung von amtlichen europäischen Mikrodaten und die Nutzung von Mikrodaten aus anderen europäischen Ländern aufgezeigt und Hemmnisse dargestellt. Forderungen für einen besseren Zugang unter Berücksichtigung des hohen Schutzniveaus werden abgeleitet sowie Handlungsfelder und denkbare Akteure identifiziert.

Datenschutz, Big Data und das öffentliche Gut

Stefan Bender, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Große Mengen an neuen Daten über Menschen bzw. menschliches Verhalten sind momentan zugänglich und werden analysiert. Diese Daten – Big Data – kommen aus unterschiedlichen Datenquellen, sind in Echtzeit verfügbar und werden sehr „pragmatisch“ angewendet, wie z.B. für Werbung, Politik-Kampagnen oder für die Identifikation von möglichen Terroristen. Big Data könnte aber auch eingesetzt werden, um den öffentlichen Wohlstand zu mehren. Daher wird Big Data als der neue Rohstoff für die Bewältigung einer immer komplexer werdenden Welt gesehen, der nur nutzbar gemacht werden muss.

Nicht zuletzt durch die NSA-Affäre ist eine öffentliche Diskussion entbrannt, wie der Datenschutz und auch der Schutz der Privatsphäre oder von Persönlichkeitsrechten im Zeitalter von Big Data umgesetzt werden kann. Hier wird betont, dass – im Vergleich zu den USA – die EU (Stichwort „Grundrecht auf Datenschutz“) und insbesondere Deutschland (Stichwort „informationelle Selbstbestimmung“) den fortschrittlichsten Datenschutz bezogen auf Big Data hat. So werden u.a. informierte Einwilligung, Zweckbindung/Erforderlichkeit der Daten und Datensparsamkeit von Datenschützern als Anforderungen an Big Data-Anwendungen gestellt. Als Lösungen datenschutzrechtlicher Herausforderungen werden oftmals „bewährte“ Verfahren, wie Anonymisierung (Pseudonymisierung) der Daten vorgeschlagen.

Diese Vorschläge greifen allerdings zu kurz, da Big Data mehr ist, als nur sehr viele Daten aus unterschiedlichen Quellen in Echtzeit zu verarbeiten. Big Data ist auch eine neue Art des Umgangs mit Daten, da neue Wege beschritten werden, wie Wissen durch Daten erzeugt wird.

In dem Vortrag sollen daher auch mögliche praktische Ansätze diskutiert werden, wie Big Data für das öffentliche Gut genutzt und gleichzeitig das Risiko einer Datenschutzverletzung minimiert werden kann.

Forum G

Was wir über Bildung wissen: Ergebnisse von PISA, PIAAC, NEPS und des IQB Monitoring

Prof. Dr. Beatrice Rammstedt, GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Wie schneiden die deutschen Jugendlichen und Erwachsenen im internationalen Bildungsvergleich ab?

In der Session werden die jüngsten Ergebnisse der internationalen und nationalen large-scale Bildungsstudien PISA, PIAAC, NEPS und das IQB-Monitoring vorgestellt. Welche Probleme und Potenziale zeichnen sich aus deutscher Sicht ab? Lassen sich diese in ähnlicher Form auch im nationalen Bildungspanel (NEPS) und in dem IQB-Monitoring wiederfinden? Decken die bestehenden Möglichkeiten des Datenzugangs den Bedarf der Wissenschaft insbesondere für Ländervergleiche? Ziel der Sitzung ist, neben der Darstellung der Ergebnisse, Parallelitäten in den Befunden und somit Handlungsfelder für die Bildungspolitik aufzuzeigen.

PISA 2012: Ergebnisse und Erkenntnisse für Deutschland

Prof. Dr. Manfred Prenzel, Technische Universität München

Vor wenigen Wochen wurden die Ergebnisse der inzwischen fünften Erhebungsrunde des „Programme for International Student Assessment“ (PISA) veröffentlicht. Neben dem Schwerpunktgebiet Mathematik wurden die Kompetenzen der fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Naturwissenschaften und Lesen getestet. In den internationalen Vergleich ging eine repräsentative Zufallsstichprobe von 5.000 Schülerinnen und Schülern aus Deutschland ein. In dem Vortrag wird über die Ergebnisse des internationalen Vergleichs und die Veränderungen über die Zeit berichtet, bei denen unter anderem auch Disparitäten nach Geschlecht, Herkunft und Zuwanderungsstatus berücksichtigt werden. Befunde über Unterrichts- und Schulmerkmale runden das Bild ab.

PIAAC 2012 – Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich

Prof. Dr. Beatrice Rammstedt, GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, PIAAC

Das von der OECD initiierte *Programme for the International Assessment of Adult Competencies* (PIAAC) untersucht Grundkompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich. Im Fokus stehen hierbei die Lesekompetenz, die alltagsmathematische Kompetenz und technologiebasiertes Problemlösen. Zur Vorhersage u. a. des Kompetenzerwerbs und -nutzung wurden Informationen über Aus- und Weiterbildung, über die berufliche Stellung und Karriere sowie Informationen über allgemeine und berufliche Verwendung der eigenen Fähigkeiten erhoben. Die internationalen Ergebnisse von PIAAC basierend auf 24 Ländern weltweit wurden im Herbst 2013 veröffentlicht. Im Rahmen des Vortrags sollen die Studie sowie die zentralen Ergebnisse aus nationaler Perspektive vorgestellt und weitere Forschungsansätze basierend auf den öffentlich verfügbaren PIAAC-Daten aufgezeigt werden.

Bildungsstandards, Bildungsmonitoring und Bildungsforschung: Ländervergleichsstudien des IQB

Prof. Dr. Petra Stanat, Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), Direktorin

Der sogenannte PISA-Schock Anfang des Jahrtausends hat die Kultusministerkonferenz (KMK) veranlasst, Bildungsstandards einzuführen und regelmäßig zu überprüfen, inwieweit diese Zielvorgaben für den Kompetenzerwerb von Schülerinnen und Schülern in den 16 Ländern jeweils erreicht werden. Die Ländervergleichsstudien werden vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) durchgeführt, das als An-Institut an der Humboldt-Universität angesiedelt ist und von der KMK finanziert wird. Die erste Bestandsaufnahme, die drei Studien umfasst, ist inzwischen abgeschlossen, so dass es mit dem zweiten Zyklus ab 2015 möglich sein wird, Trends im Grad der Zielerreichung auf Länderebene zu bestimmen. Im Vortrag auf der KSWD wird anhand von ausgewählten Ergebnissen das Potenzial der IQB-Ländervergleichsstudien sowohl für die Bildungspolitik als auch für die Bildungsforschung dargestellt. Gleichzeitig wird auf die Grenzen der Studien eingegangen, die in der öffentlichen Diskussion der Befunde häufig übersehen werden.

Das Nationale Bildungspanel in Deutschland

Prof. Dr. Hans-Günther Roßbach, Otto-Friedrich-Universität Bamberg; Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LifBi) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Dr. Jutta v. Maurice, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LifBi) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Das Nationale Bildungspanel (NEPS) zielt auf Kompetenzentwicklungen und Bildungsprozesse in Deutschland ab. Anders als PISA, PIAAC und das IQB-Monitoring wird dabei nicht nur eine Bildungsetappe isoliert betrachtet. Ziel ist es vielmehr, Kompetenzentwicklungen und Bildungsprozesse über die gesamte Lebensspanne - vom Kleinstkindalter bis ins hohe Erwachsenenalter - abzubilden. Um relevante Entwicklungen und Prozesse adäquat abbilden zu können, werden verschiedene Startkohorten längsschnittlich - bei mindestens jährlicher Messung - über längere Zeiträume verfolgt. Insgesamt wurden in den vergangenen Jahren 60.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (zzgl. 40.000 Kontextpersonen) in das Befragungs- und Testprogramm des NEPS aufgenommen. Auf Basis solcher Daten wird greifbar, wie die in anderen Querschnittsuntersuchungen festgestellten Kompetenzstände und sozialen Disparitäten möglicherweise entstanden sein könnten und mit welchen ökonomischen und nicht-ökonomischen Bildungsrenditen sie mittel- bis langfristig einhergehen.

Forum H Gemischtes Doppel – Potentiale und Herausforderungen in der (gemeinsamen) Nutzung qualitativer und quantitativer Daten

Dr. Ingrid Tucci, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Welche Herausforderungen bringt die Sekundäranalyse qualitativer Daten oder die Analyse von Daten, die aus Mixed-Methods-Projekten entstanden sind, mit sich? Welches Potential bieten qualitative Daten und insbesondere die Kombination solcher mit quantitativen Daten für die Analyse sozialer Prozesse? Die Session gibt sowohl anhand von konkreten Beispielen einen Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten der Forschung – von Mixed Methods Projekten, die sich auf die Erhebung und Analyse qualitativer Daten über Befragte in großen quantitativen Surveys stützen bis hin zur qualitativen Sekundäranalyse als Forschungsstrategie, dessen Potential weit über die Überprüfung der Ergebnisse geht. Zudem geht die Dokumentation und Archivierung qualitativer personenbezogener Primärdaten (in bestimmten Fällen von qualitativen Daten, die an großen Surveys gekoppelt sind) mit speziellen Erfordernissen an die Forschungsinfrastruktur einher. Auch sollen die Möglichkeiten der Umsetzung des Datenschutzes bei der Nutzung solcher Daten diskutiert werden. Darüber hinaus werden aber auch forschungspraktische Fragen wie Integration der Daten, Möglichkeiten der Anonymisierung, Publikation von Ergebnissen aus Mixed-Methods-Projekten behandelt.

Research Ethics in Qualitative and Mixed-Methods Research

Prof. Dr. Hella von Unger, Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU München)

Research ethics are an integral part of the empirical research process - in both qualitative and quantitative studies. However, different questions and challenges arise. In qualitative research, ethical issues are shaped by the openness and interactivity of the research process. Given the close contact to participants as well as the often detailed personal information collected in qualitative interviews or participant observations, anonymisation and confidentiality may pose particular challenges. Informed consent is understood as a process instead of a one-time signature of an informed consent sheet. Qualitative researchers have to make multiple decisions throughout the research process on how to enter the field, how to manage the relationships with participants and how to handle data and information. The specificity of the ethical challenges and opportunities in qualitative research need to be taken into account when combining qualitative and quantitative research methods in mixed-methods study designs.

Inter/generational Dynamics: A Mixed-Methods Study Involving Data and Participants from the English Longitudinal Study of Ageing

Vanessa May, Ph.D., The University of Manchester

This paper presents the mixed-methods strategy used in the project 'Inter/generational dynamics', a qualitatively led mixed-methods project conducted at the University of Manchester. The project involves secondary analysis of data from the English Longitudinal Study of Ageing (ELSA) as well as generating qualitative data with a sub-sample of ELSA respondents by conducting in-depth face-to-face interviews and asking participants to fill in an interaction diary over the period of seven days. The focus of the presentation will be on research design, sampling and the re-use of data, discussing the reasoning behind the choices we have made in relation to these issues. The paper also provides an account of how data collection and analysis proceeded in practice, and discusses the challenges and opportunities that the research team have encountered in conducting the research.

Designing and Conducting Mixed-Methods Research Projects: Initial Experiences with the SOEP Data

Dr. Ingrid Tucci, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

In 2009, the German Council of Science and Humanities (2009) recommended exploring the potential of linking the SOEP data with qualitative data. As a panel survey, the SOEP provides information on respondents over a long period of time – information that can be interpreted as a narrative or a „quantitative auto/biography“ (Elliott 2008). Currently, three mixed-methods projects are being conducted using the SOEP. They all make use of the panel structure of the data to answer research questions around the production and reproduction of inequalities. Carrying out such projects within the SOEP infrastructure involves several steps: designing the sub-sample from which respondents are selected, informing respondents about the aim of the study and about data protection issues, asking respondents for authorization to transmit their addresses to the scientific team, and so on. One of the questions still to be answered deals with the handling and archiving of the qualitative data collected in such projects – specifically, how to provide the data to the scientific community for secondary analysis while ensuring anonymity and confidentiality.

Datenschutz bei der Archivierung, Weitergabe und Sekundärnutzung qualitativer Daten. Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe „Datenschutz und qualitative Sozialforschung“ beim Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

Prof. Dr. Stefan Liebig, Universität Bielefeld

Weitere Sprecher: Heidi Schuster (Max-Planck-Gesellschaft, München), Dr. Ralf Tscherwinka (Rechtsanwaltskanzlei Hönig, München) und Dr. Andreas Witzel (Universität Bremen)

Qualitative Daten in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften müssen vermehrt vielfachen Anforderungen gerecht werden. Förderinstitutionen fordern die langfristige Aufbewahrung von Primärdaten, die Standards „guter wissenschaftlicher Praxis“ erwarten die Verfügbarkeit von Forschungsdaten über das originäre Forschungsvorhaben hinaus und internationale Fachzeitschriften erwarten vermehrt, die Bereitstellung von Primärdaten um Forschungsergebnisse nachvollziehbar veröffentlichen zu können. Für eine Archivierung und entsprechende Weitergabe qualitativer Primärdaten, in diesem Fall personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutzgesetze, lassen sich drei zentrale Probleme identifizieren: (1) Die Archivierung und Weitergabe von Forschungsprimärdaten ist an die Einwilligung der teilnehmenden Personen gebunden, (2) sind die Primärdaten zu anonymisieren sobald der Forschungszweck dies ermöglicht und (3) beinhalten die aktuellen Datenschutzbestimmungen eine Löschungspflicht personenbezogener Daten, die wiederum im Widerspruch zu den Forderungen der Forschungsförderer und den Standards „guter wissenschaftlicher Praxis“ steht. Genau an diesen Problemen setzt die vom RatSWD gegründete Arbeitsgruppe „Datenschutz und qualitative Sozialforschung“ an. In der Arbeitsgruppe erarbeiten Fachvertreterinnen und Fachvertreter der qualitativen Sozialforschung gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Datenschutzes Empfehlungen zum praktischen Umgang mit qualitativen Daten. Die Arbeitsgruppe gliedert sich in die drei Teilbereiche „Empfehlung für den RatSWD zur Einflussnahme auf den Gesetzgebungsprozess zur Erstellung der Europäischen Datenschutzverordnung (EUGV)“ (AG 1), „Empfehlung für eine Einwilligungserklärung“ (AG 2) und „Empfehlung zur Anonymisierung von Textdaten“ (AG 3). In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe präsentiert.

Distinguished Lecture auf der KSWD:

Research With Impact – Die Rolle der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung in einer aufgeklärten Gesellschaft

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Präsident; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Vorsitzender

Nur wer Ursachen und Wirkungen verlässlich herausgearbeitet hat, kann Wirksamkeit versprechende wirtschaftspolitische Eingriffe entwerfen. Die trennscharfe Erkenntnis der Wirkungen und Nebenwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen („ex post“) ist bestenfalls näherungsweise möglich, denn die entsprechenden Analysen müssen in der Regel nicht-experimentell erfolgen. Noch schwerer ist daher das Design guter Wirtschaftspolitik („ex ante“), denn dieser unsichere Stand der Erkenntnis muss auf neue, möglicherweise nicht mit dem bisherigen Erfahrungsschatz vereinbare Gegebenheiten übertragen werden. Doch eine aufgeklärte Gesellschaft kann und muss den Anspruch erheben, dass politische Entscheidungen auf empirischer Evidenz und nicht auf ideologiegestützten Plausibilitätsüberlegungen beruhen. Sie braucht daher unabhängige Gremien der wissenschaftlichen Beratung, um politische Gestaltungsangebote einordnen zu können. Um diese Rolle zu erfüllen, sollten sich die Akteure als kritische Mahner, nicht als willfährige Erfüllungshelfen verstehen.

Gustav von Schmoller Vorlesung:

Evidenzbasierte wissenschaftliche Politikberatung

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Direktor

Evidenzbasierte Politikberatung ist ein über Jahrhunderte verfolgtes Konzept, das in vielen Ländern Eingang in die Regierungsgeschäfte gefunden hat. Sie erfordert einen offenen Datenzugang, wissenschaftliche Sachkompetenz und die Dialogbereitschaft der Politik. Der Ansatz unterstellt, dass es transparente Ziele der Gesellschaft gibt, die mit einem geeigneten Mitteleinsatz zum Nutzen aller effizient erreicht werden sollen. Politikgetriebene Schaffung von Evidenz („policy-oriented evidence-making“) steht der unabhängigen Bereitstellung von Evidenz („evidence-based policy-making“) entgegen. Die Trennung ist schwierig und wird durch die Unabhängigkeit der Beratung bestimmt. Der Vortrag legt das Konzept und seine historischen Wurzeln dar und diskutiert die Hemmnisse, die aus gesellschaftlichen Restriktionen, der Arroganz der Wissenschaft und der Ignoranz der Politik entstehen. Eine wichtige Rolle spielt der Wandel in den Datenanforderungen durch die Wissenschaft dar, die eine bleibende Herausforderung für jede evidenzbasierte Politikberatung darstellen. Welche Belege gibt es dafür, dass Gesellschaften, die evidenzbasiert beraten werden, größere Erfolge erzielen? Welche Forderungen an Daten und den Zugang zu ihnen lassen sich ableiten?